

**Grußwort**  
**des Beauftragten der Bundesregierung**  
**für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**  
**Prof. Dr. Bernd Fabritius**

**anlässlich des Gedenkens an die „Oberschlesische Tragödie“**  
**31. Januar 2022**

*Ohne Erinnerung gibt es keine Versöhnung, ohne Versöhnung gibt es keine Zukunft.*

Deswegen bleibt es richtig und wichtig, dass wir heute an die „Oberschlesische Tragödie“ von 1945 erinnern. Die Folgen des Vorrückens der Roten Armee nach Oberschlesien ist weiterhin im Gedächtnis von unzähligen Familien vor allem der deutschen Minderheit enthalten.

Tod, Leid, Terror – die Rache der Roten Armee an der ober-schlesischen Zivilbevölkerung kannte vielerlei Facetten. Allein 40.000 Menschen wurden in die Zwangsarbeitslager in der UdSSR verschleppt. Zurück kamen nicht alle. Viele starben schon bei den unmenschlichen Transporten, andere in den Kohlegruben im Donezk oder in anderen Industriezentren der Sowjetunion.

Bis 1990 wurde diese Tragödie in der Volksrepublik Polen geheim gehalten. Selbst in Familien wurde kaum darüber gesprochen. 45 Jahre Schweigen fand dann ein Ende und erste Selbstverwaltungen begannen mit der Aufarbeitung der Geschichte.

Und seit 2010 wird nun an jedem letzten Sonntag im Januar der Tag dieser „Oberschlesischen Tragödie“ begangen, um vor allen denjenigen Opfern angemessen zu gedenken, die in den regionalen Zwangsarbeitslagern ums Leben gekommen sind.

Heute gibt es schon vielfältige Informationen über diese schrecklichen Ereignisse. Seien es Gedenktafeln, Briefmarken oder Forschungsprojekte. Das reicht aber noch nicht. Es bleibt eine Daueraufgabe, weiterhin öffentlichkeitswirksam über diese schmerzhaften Erlebnisse zu berichten. Ich bin vor allen den Angehörigen der deutschen Minderheit sehr dankbar, dass sie diese Angelegenheit weiter verfolgen; und zwar ernsthaft, gewissenhaft und auf Basis wissenschaftlicher Fakten.

Für viele ist es sicherlich nachvollziehbar, dass die Aufarbeitung dieser Tragödie starke Reaktionen hervorruft. Umso mehr begrüße ich es, dass gerade die deutsche Minderheit mit diesem schwierigen Thema sorgsam umgeht und Anklagen

vermeidet. Ich halte dies für einen richtigen Weg. Denn – ich hatte es schon eingangs erwähnt - Ziel dieser Erinnerung muss die Versöhnung sein. Nur dann gibt es eine gute Zukunft.

Die deutschen Minderheiten sind über heutige Grenzen hinaus eng miteinander verbunden. Sie bilden eine kulturelle Brücke untereinander, nach Deutschland und vor allem natürlich zur Mehrheitsgesellschaft in ihren Heimatländern. Gerade Sie als deutsche Minderheit sind deswegen prädestiniert, Versöhnung grenzüberschreitend zu leben und zu erleben. Auch ein gemeinsames Erinnern an das schwere Nachkriegsfolgeschicksal bleibt daher wichtig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Der polnische Sejm hat vor zwei Jahren eine Resolution verabschiedet, um der „Oberschlesischen Tragödie“ zu gedenken. Dies war ein starkes Signal, vor allem auch für die deutsche Minderheit.

Dass wir nun zwei Jahre später über starke Einschnitte bei der Deutsch-Sprachförderung sprechen, ist bedauerlich und unverständlich. In einem freien und fortschrittlichen Europa Politik auf dem Rücken von Minderheiten auszutragen, erscheint geschichtsvergessen.

In einer aktuellen Entscheidung des polnischen Sejm wird die Unterstützung der Deutschen Minderheit in Polen um rd. 10 Millionen Euro gekürzt. Diese Kürzung soll ausschließlich die deutsche Minderheit betreffen. Dabei geht es konkret um die Kürzung des Deutschunterrichts als Minderheitensprache von drei Stunden auf eine Stunde. Die Kürzung soll bereits ab dem 1. September 2022 in Kraft treten.

Diese Entscheidung zur Kürzung der Förderung verletzt ratifizierte Regelwerke des Europarates, damit auch nationale Gesetze und widerspricht dem Geist einer gedeihlichen Minderheitenpolitik zum Wohle von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung. Die Angehörigen der Deutschen Minderheit in Polen sind loyale Staatsbürger ihres Staates und haben als nationale Minderheit dort Anspruch auf Förderung ihrer Muttersprache im staatlichen Schulsystem.

Es ist bedauerlich, dass Polen durch diese Entscheidung eigene Staatsbürger diskriminiert und missbraucht, um außenpolitische Ziele für andere Personengruppen mit Druck zu versehen. Diese höchst bedauerliche Entscheidung, die auf unzutreffenden Annahmen beruht, sollte Polen möglichst bald erneut überprüfen.

Derart wichtige Anliegen wie die Minderheitenpolitik sollten konstruktiv in bestehenden Dialogformaten gemeinsam verfolgt werden. Wir stehen wie immer

dafür bereit. Eine Diskriminierung oder gar eine Geiselnahme einer Minderheit zu außenpolitischen Zwecken ist keine akzeptable politische Strategie.

Prof. Dr. Bernd Fabritius